

Mit Sorge sehen wir,

- dass die Ursachen der Finanzkrise schon wieder in Vergessenheit geraten,
- dass die Rechnung für die noch nicht ausgestandene Krise vor allem den Schwächsten der Gesellschaft präsentiert wird, entgegen den Mahnungen nicht nur der Kirchen;
- dass die Politik darauf verzichtet, die erklärte Bereitschaft vieler Wohlhabender zu mehr Solidarität abzurufen;
- dass der Trend zu befristeten, schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen anhält;
- dass auch jetzt – in den Zeiten wirtschaftlicher Erholung – Arbeitsplätze gefährdet sind;
- dass nach wie vor zu viele Menschen zu wenig zum Leben haben, weil Lohn und Transferleistungen zu niedrig bemessen sind;
- dass das Armutrisiko auch im reichen Bayern steigt – und besonders Kinder unter wirtschaftlicher Not leiden;

Im EKD-Wort „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ (2009) heißt es: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird in ihren Fundamenten beschädigt, wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.“ Ähnlich haben die ELKB und ihre Diakonie im Juli 2010 festgestellt, dass „ein soziales Ungleichgewicht eine Hypothek zu Lasten der nachfolgenden Generationen ist.“ Auch die bayerische Verfassung fordert Gerechtigkeit ein: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ (Art.151,1 Bayerische Verfassung).

Wir rufen die Politik dazu auf:

- Die Soziale Marktwirtschaft ist weiter zu entwickeln. Dazu braucht es qualitatives, ökologisch verträgliches Wachstum.
- Maßstab der Politik müssen Gemeinwohl und gerechte Teilhabe aller sein.
- Die Folgen der Krise dürfen nicht vornehmlich durch den Abbau von Sozialleistungen und einseitig steigende Belastungen der Arbeitnehmer kompensiert werden.
- Staat und Steuern dürfen nicht schlecht geredet werden: Sie sind eine wichtige Grundlage für die Organisation des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft.
- Die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung von Verlusten widersprechen einem gerechten Wirtschaftssystem. Lasten müssen vor allem von denen getragen werden, die die Krise zu verantworten haben.
- Ein notwendiger gesellschaftlicher Ausgleich ließe sich etwa durch eine höhere Besteuerung der Vermögenden und eine Finanzmarkttransaktionssteuer befördern
- Wir brauchen endlich schärfere Regeln für die Finanzmärkte als die bisher umgesetzten, um unkalkulierbare Risiken und eine neue Krise zu vermeiden.
- Grundsätzlich muss die Politik ihre Gestaltungshoheit gegenüber der globalisierten Wirtschaft verteidigen.
- Es ist nicht akzeptabel, dass die Ärmsten der Armen – auch durch die Spekulationen an den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten – weltweit am schlimmsten von den Folgen der Krise betroffen sind.

Wir rufen die Wirtschaft und die Finanzwelt auf:

- Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung. Der Mensch darf in Wirtschaft und Gesellschaft nicht Mittel zum Zweck sein; seine Würde ist unantastbar.
- Unternehmerisches Handeln muss im Sinne der Wirtschaftsethik Martin Luthers die Würde menschlicher Arbeit und damit auch deren ideelle und materielle Anerkennung im Blick behalten.
- Nachhaltiges Wirtschaften hat Vorrang vor kurzfristiger Profitmaximierung. Nur derjenige Unternehmer, der zugleich kreativ und verantwortungsvoll wirtschaftet, wird auf Dauer erfolgreich sein. Anzustreben ist „gute Arbeit“, z. B. die größtmögliche Vermeidung von befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit, die Verwirklichung fairer Arbeitsbedingungen, z. B. des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
- Die Finanzwelt darf keine Parallelgesellschaft werden und sich so von der Realwirtschaft ab koppeln. Auch sie muss letztendlich dem Gemeinwohl dienen.



Für uns als Kirche gilt,

was schon 1997 im gemeinsamen Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ festgehalten wurde: „Die Kirchen können nicht Maßstäbe des wirtschaftlichen Handelns formulieren und öffentlich vertreten, ohne sie auch an sich selbst und das eigene wirtschaftliche Handeln anzulegen. Mit Recht wird dies als eine Frage der Glaubwürdigkeit angesehen.“ Die Menschenfreundlichkeit Jesu muss als Motivation und Leitbild für unser Handeln in Kirche und Diakonie erkennbar werden. **Daraus folgt für uns:**

- Wir unterstützen die Unternehmer, die sich gemäß dem Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ verhalten, also eines Unternehmers, der sich ethischen Maßstäben verpflichtet weiß, und ermutigen alle Unternehmer auf Anstand, Fairness, Transparenz und Respekt im Umgang mit Mitarbeitenden und Geschäftspartnern zu setzen.
- Kirche und Diakonie prüfen sich als Arbeitgeber, Investoren und Immobilienbesitzer ständig, ob sie selbst den eigenen ethischen Maßstäben gerecht werden. Schon jetzt begrüßen wir alle sichtbaren Bemühungen unserer Landeskirche, das Finanzgebaren an Nachhaltigkeitskriterien und ethischen Standards zu orientieren. Die Kirche darf keine Geschäfte mit Finanzinstitutionen machen, die intransparente oder gar betrügerische Produkte anbieten. Wir unterstreichen den Anspruch der Diakonie, Wirtschaftlichkeit strikt an ihrem Auftrag des Dienstes am Nächsten auszurichten.
- Unabhängig davon sind wir als Kirche aufgerufen, unsere christliche Ethik in die öffentlichen Debatten einzubringen, auf Fehlentwicklungen (Habgier, Mobbing, unmenschlicher Arbeitsdruck, Videoüberwachung) hinzuweisen und uns für eine stärkere Berücksichtigung wirtschafts- und sozial-ethischer Inhalte in Schule, Ausbildung und Universität einzusetzen.

- Kirche tritt dem Trend zur immer stärkeren Ökonomisierung der Gesellschaft entgegen. Dabei spielt der arbeitsfreie Sonntag als erster Tag der Woche eine zentrale Rolle. Die Sonntagsruhe vergewissert den Menschen, dass er für Gott unendlich wertvoll ist – ohne jede Vorbedingung.
- Die Wiedereinführung des Buß- und Bettags als gesetzlicher Feiertag bietet die Chance zum Innehalten und zur Umkehr. So kann „Heilung voranschreiten“ und „Licht hervorbrechen“.

Gerade unter dem Eindruck der nur vermeintlich ausgestandenen Krise suchen viele Menschen Orientierung. Hier ist Kirche gefragt. Sie tritt dafür ein, dass frühere Fehlentwicklungen endlich an der Wurzel korrigiert werden. Um mehr Brücken zum Wirtschaftsleben zu schlagen, regen wir an, dass sich die Gemeinden und alle kirchlichen Ebenen intensiv auf den Dialog einlassen und selbst ein gutes Beispiel geben, indem sie

- auch vor Ort ihr Vermögen nachhaltig anlegen;
- fair gehandelte und qualitativ nachhaltige Produkte kaufen;
- verstärkt das Arbeitsleben in ihren Fokus nehmen und die Möglichkeit zu Betriebsbesuchen und zum Dialog nutzen (den „Seitenwechsel“ wagen);
- in der Seelsorge die spezifischen Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Arbeit-suchenden sowie Unternehmerinnen und Unternehmern noch aufmerksamer wahrnehmen;
- in den Kirchengemeinden und Dekanaten die Arbeitswelt in Predigten und Andachten sowie in der kirchlichen Bildungsarbeit thematisieren;
- für die beten, die in Sorge um ihre Existenz sind oder denen die Existenz anderer anvertraut ist;
- im ökumenischen Schulterschluss präsent sind in und nach Krisen.

Lernen aus der Krise

Wort der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zur Wirtschaftsethik

» *Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn und entzieh dich nicht deinem Fleisch und Blut! Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des Herrn wird deinen Zug beschließen.* «

(Jesaja 58, 7-8)

Dieses Wort aus dem Buch des Propheten Jesaja bleibt angesichts der Folgen der Finanzkrise Trost und Auftrag: Trost, weil es uns als Christinnen und Christen Hoffnung für die Zukunft schenkt; Auftrag, weil es uns Orientierung für neues Denken und neues Handeln gibt.

(Die erweiterte Version des Wortes der Synode ist im Internet zu finden unter: <http://www.bayern-evangelisch.de/wirtschaftsethik>)